

Saale-Zeitung.

Dreimundertziger Jahrgang.

Nr. 61.

Halle a. S., Sonnabend, den 6. Februar

1909.

Bezugspreis

Das Blatt kostet jährlich bei postamtlicher Zustellung 2.50 Mk., durch die Post 3.25 Mk. ...

Anzeigen

Wochen-Anzeigen ... 20 Pfg. berechnet ...

Regelung des Wohnungsgeldzuschusses.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Dem Vernehmen nach besteht in weiten Kreisen des Abgeordnetenhauses die Ansicht, die Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses derartig vorzunehmen, daß die bisherige Eintheilung der Ortsklassen auf eine Reihe von Jahren zunächst beibehalten wird, und daß die Zuschüsse für die anderen Beamtenklassen auf 23 1/2 Prozent und nur für die Unterbeamten auf 50 Prozent bemessen werden.

Deutscher Reichstag.

199. Sitzung vom 5. Februar, 1. Uhr. Eingelagert: ein letzter Nachtragsetzt. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Allgemeinen Beschlüsse für die Jahre 1908 und 1904.

Abg. Weichs (Soz.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die vorgelommenen Fonds-Veranschlagungen. Diese seien nicht bloß formaler Natur, wie die Mehrheit der Kommission angenommen habe. Es handle sich vielmehr um objektive tatsächliche Bedingungen, die auf Etatsüberschreitungen an der einen Stelle auf Kosten der anderen hinausläufen.

Unterschiedssekretär im Schachmat-Tourier: Auch der Behauptung einer „objektiven Ansicht“ bei diesen Fondsveranschlagungen muß ich entschieden widersprechen. Auch wir können dem Wunsch bei, daß diese Veranschlagungen künftig möglichst vermieden werden. Aber sie, wie die Etatsüberschreitungen, unterliegen ja auch der nachträglichen Genehmigung des Reichstages.

Abg. Ding (Sozp. d. Np.): Wir hoffen, daß der Staatssekretär durch eine vernünftige Mittelstandspolitik auch denjenigen Ständen helfen wird, die bisher in der Gesetzgebung etwas vernachlässigt wurden. Arbeiterfürsorge und Mittelstandspolitik schließen sich nicht aus. Mit Herrn Trimborn wünschen wir für die Kleinrentnerbetriebe die Ermöglichung der Selbstversicherung. Ferner bessere Regelung des Substitutionswesens, vermehrte Rücksichtnahme bei Vergütung von Stellen auf das Handwerk.

Abg. v. Csaplinski (Polo) spricht über den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und den Patentschein und wird vom Präsidenten Graf Stolberg zur Sache verwiesen.

Abg. Gothein (fr. Bgg.): Bei der Enquete über den Mittelstand wird man hoffentlich auch feststellen, was der Mittelstand ist. Einem Eingreifen der Gesetzgebung gegen die Abkondemnierung bedarf es wohl nicht. In Bezug auf die schwere Gläubigersituation sind die Erhebungen des Beirats für Arbeiterpolitik abzuwarten; hoffentlich bejaht man diese. Deutschland hat traurigerweise die höchste Anzahl Unglückster im Bergbau; die zunehmende Tiefe der Gruben erklärt die gefährliche Zunahme des Unfalls nicht allein.

Abg. Schrad (wirtsch. Bgg.) empfiehlt die Resolution seiner Partei. Der nationalliberalen Resolution auf Ausbau des Handwerksbetriebs stimmen wir zu. Dem Staatssekretär werden wir für seine eifrige lokale Tätigkeit, Gerechtigkeit für das Gesetz über den unklaren Wettbewerb gewürdigt sein. Der Handwerker muß die Selbstversicherung ermöglicht werden. Der Resolution auf Einführung der Verhältniswahl bei der Krantenerziehung stimmen wir zu.

Abg. v. Brodhausen (Soz.): Die Kapitalerhöhung ist notwendig wegen der großartigen Entwicklung unseres Genossenschaftswesens. Die Preußenkasse soll auch mitwirken an der Entschädigung des künftigen Grundbesitzes. Es freut mich, daß die Genossenschaften jetzt einig sind. Wir wollen gern mit Männern zusammenarbeiten, die zwar andere politische und wirtschaftliche Anschauungen haben, deren große Fähigkeiten und Verdienste um das Genossenschaftswesen wir gern anerkennen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Fiebeger (ntl.): Trotz mancher Bedenken werden wir der Erhöhung zustimmen. Nützlich ist eine Beaufsichtigung der kleinen Genossenschaften, da sich da nicht immer Persönlichkeiten finden werden, die alle Konsequenzen ihrer Handlungen zu ziehen in der Lage sind. Auch wir wünschen die Aueberückung der Gegenstände zwischen den einzelnen Genossenschaften; sie sollten alle den politischen oder konfessionellen Beiseigenschmack verlieren. (Beifall.)

Abg. v. Csaplinski (Polo) spricht über den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und den Patentschein und wird vom Präsidenten Graf Stolberg zur Sache verwiesen.

Abg. v. Csaplinski (Polo) spricht über den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und den Patentschein und wird vom Präsidenten Graf Stolberg zur Sache verwiesen.

Abg. v. Csaplinski (Polo) spricht über den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und den Patentschein und wird vom Präsidenten Graf Stolberg zur Sache verwiesen.

Abg. v. Csaplinski (Polo) spricht über den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und den Patentschein und wird vom Präsidenten Graf Stolberg zur Sache verwiesen.

Abg. Gothein (fr. Bgg.): Bei der Enquete über den Mittelstand wird man hoffentlich auch feststellen, was der Mittelstand ist. Einem Eingreifen der Gesetzgebung gegen die Abkondemnierung bedarf es wohl nicht. In Bezug auf die schwere Gläubigersituation sind die Erhebungen des Beirats für Arbeiterpolitik abzuwarten; hoffentlich bejaht man diese. Deutschland hat traurigerweise die höchste Anzahl Unglückster im Bergbau; die zunehmende Tiefe der Gruben erklärt die gefährliche Zunahme des Unfalls nicht allein.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus. 23. Sitzung vom 5. Februar 1909. Am Ministertisch: v. Arnim, Bessler, v. Dombos. Ministerialrat Dr. Borchers ist bei der Sitzung um 12 Uhr 15 Min. aus dem Saal verabschiedet. Abg. Jürgensen (ntl.) wird Abg. Dr. Wähling (ntl.) zum Schriftführer gewählt. Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Erhöhung des Grundkapitals der Zentralgenossenschaft um 25 Millionen Mark.

Unterschiedssekretär v. Dombos: Die Kapitalerhöhung ist notwendig wegen der großartigen Entwicklung unseres Genossenschaftswesens. Die Preußenkasse soll auch mitwirken an der Entschädigung des künftigen Grundbesitzes. Es freut mich, daß die Genossenschaften jetzt einig sind. Wir wollen gern mit Männern zusammenarbeiten, die zwar andere politische und wirtschaftliche Anschauungen haben, deren große Fähigkeiten und Verdienste um das Genossenschaftswesen wir gern anerkennen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Fiebeger (ntl.): Trotz mancher Bedenken werden wir der Erhöhung zustimmen. Nützlich ist eine Beaufsichtigung der kleinen Genossenschaften, da sich da nicht immer Persönlichkeiten finden werden, die alle Konsequenzen ihrer Handlungen zu ziehen in der Lage sind. Auch wir wünschen die Aueberückung der Gegenstände zwischen den einzelnen Genossenschaften; sie sollten alle den politischen oder konfessionellen Beiseigenschmack verlieren. (Beifall.)

Abg. v. Csaplinski (Polo) spricht über den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und den Patentschein und wird vom Präsidenten Graf Stolberg zur Sache verwiesen.

Abg. v. Csaplinski (Polo) spricht über den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und den Patentschein und wird vom Präsidenten Graf Stolberg zur Sache verwiesen.

Abg. v. Csaplinski (Polo) spricht über den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes und den Patentschein und wird vom Präsidenten Graf Stolberg zur Sache verwiesen.

abermals. Es geht nicht an, wie Dr. Grüger es tat, einen Gegensatz zwischen agrarischen und Handwerker-Gesellschaften zu konstruieren. Er sollte seinen Einfluß dahin geltend machen, daß diese Solidarität gefördert wird.

Abg. Reith (konf.):

Der Vorwurf, einige Genossenschaften trügen politischen Charakter, ist unbegründet. Welche Genossenschaften sollen das sein? Bündnisse sind es jedenfalls nicht. Oder will man es politisch nennen, wenn Genossenschaften auf christlichen und sonstigen treuen Boden stehen? Ich spreche mich über den sachlichen und entgegenkommenden Ton der Rede des Abg. Grüger und hoffe auf eine allgemeine Verständigung der Parteien in der Kommission. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Grüger (fr. Vp.):

meint, daß sich der Präsident der Preuenkammer die Sache sehr leicht gemacht habe. Hoffentlich werde er in der Kommission ausführlicher werden.

Abg. Heydweiller (ntl.):

Will den unpolitischen Charakter der Genossenschaften ist es im Willen sehr schlecht bestellt. Ein bißchen Lieb und ein bißchen Feind, und ein bißchen Falschheit ist auch dabei. (Beifall rechts.)

Abg. Buis (Ztr.):

bestreitet das.

Abg. Heydweiller (ntl.):

erwidert, daß er Bemerkung für seine Behauptung erbringen könne. Die Verbindung schließt. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Es wird dann die zweite Beratung des Justizgesetzes fortgesetzt.

Abg. Bieder (fr.):

fordert Vermehrung der Richterstellen. Die vielgerühmte Sparmaßnahme dürfte hier nicht maßgebend sein. Eine Entlastung der Richter läßt sich nicht bemerksamen. Der Geschäftsbetrieb bei den Justizbehörden kann durch Telephon, Stenographie und Schreibmaschine sehr erleichtert werden. Eine Reform der Gebührenordnung der Anwälte tut not. Bei den Jugendgerichten muß darauf geachtet werden, daß die Mißde der Strafe nicht einen Anreiz zum Verbrechen gibt. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt.

Schluß 1/4 Uhr.

Deutsches Reich.

Trotha gegen Dernburg.

In dem Vortrag, den vor kurzer Zeit der Staatssekretär des Reichsministeriums Dernburg im Reichstag in Gegenwart des Kaisers hielt, unterzog er auch die Kriegsführung in Südwestafrika einer Kritik. Er stellte fest, daß der Krieg zur Entdörkung des Landes in reichem Maße beigetragen habe. U. a. lagte er wörtlich, daß die geringe Bevölkerungszahl „eine böse Folge einer der Eigenart des Landes vielfach nicht angepaßten gewesenen Kriegsführung“ sei.

Diese Worte machte nun General v. Trotha, der übrigens von Dernburg nicht erwähnt wurde, als eine „herabwürdigende Beleidigung“ auf. In einer längeren Ausführung lüch er die Dernburgsche Kritik zu widerlegen. Er sagt u. a.:

„Wissenschaft hat der Staatssekretär seinen Gedankengang etwas nach Peter Mohr gebildet, der von dem in der Wüste erliebenden Schrei der zugrunde gegangenen Nation rebet. Ein Volk geht nicht so schnell zugrunde. Die von mir an das Volk der Senere erstarrte Proklamation sollte nur einen Gedanken in ihrem Hirn zeitigen, nämlich den, daß ihre Herrschaft beendet war. Dies konnte schon geschehen, wenn sie am Westberg um Frieden baten. Daß sie dies getan und nun mit abgewiesenen Hilfe, eine traurige, atemfähig bewiesene Lüge. Sie wollten es nicht, sie wollten, daß die Waffen abgeben mußten, und sie glaubten immer noch, es würde mit ihnen nach alter Weise verhandelt, und sie wieder mit ihren Kapitänen in die Gefilde ihrer Untaten zurückgeführt werden. Das habe ich abgelehnt.“

An anderer Stelle heißt es:

„Allerdings hand ich nicht auf dem Standpunkt jenes Herrn der Regierung, der mir in des Gehalt laute, 100 Kähe wiegen einen gefallenen preußischen Offizier auf. Wo die Brutalität liegt, ob bei ihm oder bei mir, stelle ich zur Ermüdung.“

Es wäre sehr zu wünschen, daß Herr von Trotha sich darüber äußerte, welcher Regierungsbeamte diese Aeußerung, von der bisher nichts bekannt war, gemacht hat. In dem Zusammenhange, in dem er sie veröffentlicht, steht es so aus, als stamme sie von Dernburg selbst. Das ist aber nach der Meinung der „Magdeb. Ztg.“ nicht der Fall!

General von Trotha ist dafür bekannt, daß er kein Blatt vor den Mund nimmt. Davon zeugte u. a. auch der Laof, den er vor ca. 2 Jahren bei einem Festessen in Berlin gehalten hat, ein Laof, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es steht dem Herrn Staatssekretär Dernburg, der bei einer Informationsreise kaum in die südwestafrikanische Kolonie hineingekuckt hat, sehr schlecht, am Rednerpult die Tätigkeit des verdienten Generals zu rüffeln, der mit seinen Soldaten bei den denkbar beschwerlichsten Mitteln das größte auf dem Schlachtfelde geleistet hat. „Vom sicheren Wort läßt sich gemächlich raten“, — vom grünen Tisch des Kolonialamtes aus ist es leicht, Direktiven zu geben, die von Sachkenntnis nicht getrübt sind. —

„Nicht über die Schaffung einer Kolonialtruppe äußern, hiesse für mich die ganze Verhältnisse in unseren Kolonien und in der Wilhelmstraße erzählen, und dazu bin ich, ohne Autorisation des Reichstanzlers, nicht in der Lage. Wäre mein Urteil in dieser Richtung übrigens wertvoll, so würde man es maßgebender Stelle wohl irgendwo herangezogen haben, was bis jetzt in keiner Weise und von keiner Seite geschehen ist.“ (Mag. Trotha.)

Die genannten Worte des Generals lassen darauf schließen, daß die „Verhältnisse in der Wilhelmstraße“ mindestens „erdrückend“ sind. Jedenfalls sind sie inter-

essant, als eine Kritik über — Kriegsführung aus dem Munde des Herrn Dernburg.

Das Programm für den Besuch König Edwards.

Das Programm für den Besuch Ihrer Majestät des Königs und der Königin von Großbritannien und Irland ist nunmehr endgültig festgestellt. Am Dienstag, 8. d. M., um 11 Uhr vormittags, erfolgt die Ankunft auf dem Lehrter Bahnhof. Der Ehrenritt wird zuvor bis Rathenow entgegengesehen. Bei dem Eintreffen der britischen Majestät in Berlin findet Empfang durch den Kaiser und die Kaiserin, den Kronprinzen und die Kronprinzessin, die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses und des kaiserlichen Hauses Hohenzollern sowie durch die in Berlin und Potsdam anwesenden Prinzen und Prinzessinnen aus regierenden deutschen Häusern statt. Sodann nimmt die Fahrt mit Estore ihren Anfang. Sie führt durch die Siegesallee, Charlottenburger Chaussee und das Brandenburger Tor. Auf dem Pariser Platz findet die Begrüßung durch die städtischen Behörden statt, worauf die Weiterfahrt nach dem königlichen Schloß erfolgt. Der König von England wird dort die Wilhelmsche Wohnung beziehen, die Königin von England die königskammer der Vorderfront. Um 1 Uhr mittags nimmt die Familienfrühstückstafel im kleinen Speisesaale des Schloßes, um 1 1/2 Uhr die Markstafel im Elisabeth-Saale des Schloßes ihren Anfang. Um 8 Uhr findet die Gala-tafel im Weißen Saal statt.

Am Mittwoch, 10. d. M., erfolgt um 12 Uhr mittags der Besuch im Rathaus von Berlin. — Abends 9 Uhr beginnt der Ball im Schloß.

Donnerstag, früh 10 Uhr, wird die Automobilsahrt nach Potsdam angetreten. Dort erfolgt das Frühstück beim Offizierskorps des 1. Garde-Regiments. Um 7 Uhr abends begeben sich die Herrschaften zur Familien-tafel bei dem Kronprinzen. Sodann schließt sich um 8 1/2 Uhr die Gala-Konfektion (Sardanapa) im königlichen Opernhaus an.

Am Freitag, 12. d. M., ist der vormittags zu Besichtigungen in der Stadt bestimmt. Um 2 Uhr nachmittags ist Frühstückstafel im königlichen Schloß. Die Abreise der Majestät von Berlin erfolgt dann wiederum vom Lehrter Bahnhof um 5 Uhr nachmittags.

Vereinfachungen in der Reichspostverwaltung.

Die von Staatssekretär des Reichspostamts eingesehete Kommission, der die Aufgabe gestellt ist, zu prüfen und bestimmte Vorschläge darüber auszuarbeiten, in welcher Weise wirksame Vereinfachungen in den Verwaltungs- und Betriebs-einrichtungen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zu erzielen sein werden, wird ihre Tätigkeit in den nächsten Tagen beginnen. Der Vorsitz ist dem Dirigenten in der Betriebsabteilung des Reichspostamts, Wirklichen Geheimen Oberpostamt Gröb, übertragen; außerdem gehören der Kommission an: die vortragenden Räte, Geheimen Hofräte Vögler und Hofmann, der Oberpostdirektor, Geheimen Oberpostamt Maier aus Frankfurt a. M., der Postamt Hie aus Hamburg, der Postdirektor Weintler aus Berlin und der Telegraphendirektor Mengel aus Köln.

Ausland.

Schluß des österreichischen Reichsrates.

Die gefrige letzte Sitzung des Reichsrates hat endlich die vorangehenden inoffiziell überführt, als man es nicht mehr mit Schimpfen zu verwenden ließ, sondern der politischen Regierungsverwaltung durch Kräfte in Ausdruch verließ. Aus Wien wird hierzu gemeldet:

Im österreichischen Reichsrat verlas der Präsident eine Mitteilung, wonach mit Entschiedenheit des Kaisers die Session des Reichsrates geschlossen wird. (Stürmischer Beifall bei den Tischen. Gegenapplaus bei den Christlichsozialen.) Während der Präsident die Tribüne verließ, verließen die Abgeordneten unter andauernder großer Bewegung im Saale. Abgeordneter Vögler zog neuerlich eine Trompete hervor, worauf es zu einem

Sandgemenge

mit den Deutschen kam, wobei dem Abgeordneten Spaced die Kleider zerrissen wurden. Die Bewegung dauerte an. Die sozialistischen Sozialisten begannen ein Lied zu singen. Die Christlichsozialen sangen die erste Strophe der Hofschmiede, welche den Kaiser und den König der anderen Abgeordneten übertrug. Sie verließen hierauf den Saal. Die deutschen Sozialdemokraten stimmten das Lied der Arbeit an. Nach einiger Zeit lernte sich langsam der Saal.

Japan und Amerika.

Der Gouverneur des Staates California, Gillett, erhielt vom Präsidenten Roosevelt folgendes Telegramm: „Wie es heißt, hat die Gefühlsbede Körperhaft von Kalifornien ein Gesetz angenommen, welches die japanischen Kinder von den öffentlichen Schulen ausschließt; dieses Gesetz ist nach meiner Ansicht unzulässig verfassungswidrig.“

Der Polizei-Skandal in Petersburg.

Die Haft des Polizeichefs Lopuchin im Gefängnis Krestin wurde nach einem Bericht aus Petersburg verkehrt; der Verhaftete wird in strengster Isolierung gehalten, da man Dürchschneiderei auf die Spur kam. Der Unterchef des Gefängnisses, Oberst Duschoff, wurde plötzlich entlassen, ein Wächter verjet, weil ein Brief Lopuchins an seine Frau durchgegangen ist. Alle Bitten der Familie Lopuchins, ihn beizugehen zu dürfen, wurden abgelehnt. Es verlautet, der Zar wolle ein Spezialgericht mit der Untersuchung betrauen.

In London ist man überzeugt, daß Lopuchin auf seine Verhaftung schon lange gefaßt gewesen ist. Er hat seine Papiere und Archive schon seit längerer Zeit nach London in Sicherheit gebracht. Unter diesen Papiere befinden sich, wie verlautet, geradezu unzählige Dokumente für die russische Politik. Wenn jene Papiere jemals zur Veröffentlichung gelangen sollten, so würde dies ein wahres Todesurteil über die russische Geheimpolizei und ihre Doppeldeutigkeit bedeuten. Diese Veröffentlichung fürchtet die russische Regierung am meisten.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 6. Februar.

Ueberschwemmungen in Sicht.
Gestern nachmittag kam die bereits in der „Saale-Ztg.“ angekündigte Hochflut. Weithin schon kündete Rauschen das Ereignis.

Und dann schossen sie heran die schmutzig-grauen Eismassen, Scholle an Scholle, in dem trübgefärbten Wasser sich drängend und schiebend, die ganze Breite des Flusses eine reizende hüpfende Fläche.

Und das Wasser stieg rasch. In kurzer Zeit um einen Meter.
Am Wehr in der Mansfelderstraße zeigte sich ein der interessantes Bild. Wie die dunkeln Schollen herzurollen, wie sie am dortigen Eisfisch umboogen und in widerhalt das Wehr hinabführten, mit dumpfen Brausen. Oft stürzte von mehreren Quadratmetern Fläche, im hurtigen Wasser zerfahrend; dazwischen fast wirtelartige dicke Bänke fertigen Eises, die ohne zu bersten die Fahrt in die Tiefe bestanden.

Noch die ganze Nacht durch steigt der Fluss, und auch heute vormittag werden die Wasser noch wachsen. Für die Niederungen erscheint heute Ueberflutung unaussprechlich. Von auswärts häufen sich die Unglücksnachrichten.

Sieben Vergleute ertrunken.

Stochhausen, 5. Febr. Eine furchtbare Hochwasserflut, die bei der 7 Vergleute den Tod fanden, hat sich gestern abend gegen 10 Uhr auf der Chaussee von dem Ralweert Gütland nach Stochhausen zu ereignet. Die Leute befanden sich auf dem Hofwege von der Arbeit und wollten von der Kolonie und an dem Gäßchen „Stille Weide“ vorbei die Chaussee zu erreichen lassen. Dort ergab sie aber die Strömung mit einer berartigen Gewalt, daß sie sämtlich in den Fluten untamen. Die Kräfte, die auf jener Chaussee über die Wippen fuhr, war durch das Hochwasser schon vorher teilweise zerstört worden.

Gera (Neu), 5. Febr. Im Ufergebiet richtet das Hochwasser kolossalen Schaden an. Drei Personen kamen in den Fluten um. Viele Häuser sind eingestürzt.

Obergehra, 5. Febr. Hier sind 120 Schafe ertrunken.

Rinderode, 5. Febr. Hier sind 15 Schweine in den Fluten umgekommen.

Sondershausen, 5. Febr. Durch das Hochwasser ertranken zwei Soldaten, ferner in Wehra bei Sondershausen ein Jagdwärter und zwei Kinder. In Wehra bei Sondershausen kam ein Kind in den Fluten um.

Dehlig i. S., 5. Febr. Die Ortschaft Dehlig im Hohenstein-Genitaler Bezirk und die niedrig gelegenen Industrieräume sind durch Hochwasser bedroht. Viele Häuser müßten geräumt werden. Mehrere Fabriken wurden gestern geschlossen. Der hier gastierende Zirkus Sarrajan steht unter Wasser.

Niederlahnstein (Hessen-Nassau), 5. Febr. Die Bahn-eisenbahnbrücke zwischen Nieder- und Oberlahnstein auf der Strecke Köln-Frankfurt ist infolge des Hochwassers dem Einfluß nahe. — Durch Einsturz der Weidabridge zwischen Neumied und Fahr und der Jaunbrücke zwischen Engers und Bendorf ist der durchgehende Zugverkehr auf der rechten Rheinseite für mehrere Wochen unterbrochen. Die Züge von Köln fahren nur bis Fahr und die von Frankfurt bis Bendorf. Die durchgehenden Schnellzüge werden über die linke Rheinseite geleitet.

München, 5. Febr. Ein großer Teil des nördlichen Bayerns wurde heute nacht von einer schweren Hochwasserflut heimgesucht. Die oberpfälzische Stadt Amberg liegt halb unter Wasser. Mehrere Brücken sind eingestürzt. Der Arbeiter Merkel wurde bei den Rettungsarbeiten mit seinem Kahn fortgetrieben und dürfte ertrunken sein. In Nürnberg ist die Pegnitz von 1 Uhr nachts bis morgens 6 Uhr um 1 1/2 Meter gestiegen, alle umliegenden Stadteile sind überflutet. Der „Münchener Anzeiger“ kann mehrere Tage nicht erscheinen, da die Drucker unter Wasser liegt und dieses auch in die Redaktion eingebracht ist. Auch alle übrigen Tageszeitungen mit Ausnahme des „Frankfurter Kuriers“ und der „Frankfurter Zeitung“, die ihre Geschäftsräume in höher gelegenen Stadtteilen haben, können heute nicht erscheinen. Auf der Weidabridge liegt das Wasser so hoch, daß nur die Spitzen der Gaslaternen hervorragen. Vom oberen Pegnitztal wird noch fortwährend weiteres Steigen gemeldet. Der Verkehr über sämtliche Brücken ist unterbrochen. In Bamberg steht der Main sechs Meter hoch.

Bahnseits wird mitgeteilt:
Am Freitag ist der Personenverkehr zwischen Nordhausen und Sangerhausen durch Unweigen in Heringen wieder aufgenommen. Des Hauptgleis Nordhausen-Sangerhausen wurde von 12 1/2 Uhr mittags ab wieder durchgängig fahrbar, das Hauptgleis Sangerhausen-Nordhausen gegen Abend.

Der Bund der Landwirte

für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt hielt gestern nachmittag im Wintergarten eine von vielen hundert Landwirten besuchte Versammlung ab, die nach Rezeraten der Herren Aus dem Winkel-Logan, Oberlehrer Prof. Dr. S. G. S. d. M., v. K. d. S. und des Bundesvorsitzenden Frhr. v. Wangenheim eine energische Resolution gegen die Nachschäffler annahm.

Wir tragen im Abendblatt einiges aus der Versammlung nach.

Wider „kollektivistische“ Philisterei.

Wie uns mitgeteilt wird, haben neuerdings angestellte Ermittlungen gezeigt, daß die Vorlesungen der Universität, insbesondere die öffentlichen (d. h. unentgeltlichen), dieselben hauptsächlich von Unberechtigten besucht werden, so daß die akademischen Behörden sich im Interesse der Ordnung genötigt sehen, dagegen energisch einzuschreiten.

Wer, ohne als Studierender an der Universität immatrikuliert zu sein, eine (sei es öffentliche, sei es private) Vorlesung zu hören wünscht, muß zunächst vom Rektor die Ausstellung eines Bescheides einreichen, der die Berechtigung zur Teilnahme an der Vorlesung bestätigt. Dieser Bescheid ist aber an sich nicht die Berechtigung zum Besuch einer bestimmten Vorlesung, sondern diese muß (auch wenn es eine öffentliche Vorlesung ist) erst in den Bescheid eingetragen und auf der Universität-Kassatur belegt, d. h. a. g. e. m. e. l. d. e. t. werden, wobei zugleich in allen

